

# Factsheet Russland

April 2025

## 1 Fakten und Zahlen



Karte: [UN Cartographic Section](#), 2004

**Bevölkerung:** rund 144 Millionen ([Schätzung 2025](#))

**Ethnien:** russisch 77,7 %, tatarisch 3,7 %, ukrainisch 1,4 %, baschkirisch 1,1 %, tschuwaschisch 1 %, tschetschenisch 1 %, sonstige 10,2 %, nicht näher bezeichnet 3,9 % ([Schätzung 2010](#)). In der Volkszählung 2010 waren fast 200 nationale und/oder ethnische Gruppen vertreten.

**Religionen:** Russisch-Orthodox 15–20 %, Islam 10–15 %, andere Christ\*innen 2 % ([Schätzung 2006](#))

**Semipräsidentielle Föderation:** Staatsoberhaupt: Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin (seit 08.05.2012); zuvor bereits Präsident von 2000 bis 2008. Direktwahl des Präsidenten mit absoluter Mehrheit für eine Amtszeit von sechs Jahren (zuletzt 2024). Regierungschef: Premierminister Michail Wladimirowitsch Mischustin (seit 16.01.2020, ernannt durch den Präsidenten).

## 2 Risikoprofile

- **Regierungskritische Personen**, [Oppositionelle](#), Teilnehmende an regierungskritischen [Demonstrationen](#), Personen, die sich im [Internet regierungskritisch äussern](#), kritische [Umweltaktivist\\*innen](#).
- **Gegner\*innen und Kritiker\*innen der «Spezialoperation in der Ukraine»**, darunter [Kinder und ihre Familien](#) riskieren Gewalt, [Verhaftung](#) und [Strafverfolgung](#). Personen, die **«Falschinformationen»** über den Einsatz der russischen Streitkräfte verbreiten oder diese **«diskreditieren»** droht [Strafverfolgung](#).
- **Menschenrechtsaktivist\*innen** riskieren, festgenommen, [inhaftiert](#) und mit unfairen Prozessen verfolgt zu werden.
- Mitarbeitende von NGOs und Personen, die als **«ausländische Agenten»**, **«extremistisch»** oder für **«unerwünschte Organisationen tätig»** eingestuft wurden.
- **Journalist\*innen**, die unabhängigen und [regierungskritischen Journalismus](#) betreiben.
- **Anwält\*innen**, die als Dissident\*innen wahrgenommen, werden [strafverfolgt](#).
- **Mitglieder der Zeugen Jehovas**. Die Organisation ist gesetzlich verboten. Mitglieder können [willkürlich festgenommen](#), in Haft [misshandelt und gefoltert](#) sowie [strafrechtlich verfolgt werden](#).
- **Frauen**. Verbrechen **«im Namen der Ehre»** in Tschetschenien, Dagestan und anderen Regionen im Nordkaukasus. [Ungenügender Schutz](#) vor häuslicher Gewalt.
- **LGBTQI-Personen**. Entführungen, Folter und [aussergerichtliche Hinrichtungen](#) in [Tschetschenien](#). Gewalt und [Strafverfolgung](#) (**«Propagandagesetz»**) durch den Staat. [Übergriffe](#) durch Dritte und unzureichender Schutz durch die Polizei.
- **Deserteuren und Soldaten, die sich weigern, einen Befehl eines Vorgesetzten auszuführen**, droht [eine Gefängnisstrafe](#). [Berichten](#) zufolge werden in der Ukraine stationierte Befehlsverweigerer oder Deserteure inhaftiert, misshandelt oder mutmasslich sogar getötet.

## 3 Jüngste Entwicklungen

**Die von den russischen Streitkräften in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen dauern an, mit neuen zivilen Opfern.** Ein im Oktober 2024 von der UNO veröffentlichter Bericht weist darauf hin, dass seit Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 [weiterhin](#) zahlreiche [Kriegsverbrechen](#) der russischen Streitkräfte [dokumentiert werden](#). Im Juni 2024 erliess der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag [Haftbefehle](#) gegen den ehemaligen russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu und den russischen Armeechef Valeriy Gerasimov wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ukrainische Staatsanwälte berichten von einer Zunahme der Hinrichtungen ukrainischer Kriegsgefangener. Seit Beginn des Konflikts [sollen mindestens 147 ukrainische Kriegsgefangene](#) von den russischen Streitkräften [hingerichtet](#) worden sein, 127 davon im Jahr 2024. Zwischen dem 1. September und dem 30. November 2024 [zählte](#) das OHCHR [574 getötete und 3082 verletzte Zivilpersonen](#) (1931 Männer, 1514 Frauen, 119 Jungen und 92 Mädchen). Unter den Opfern befanden sich 36 Angehörige des Gesundheitspersonals, zehn humanitäre Helfer\*innen und 33 Angehörige der Notdienste.

**Folter und Misshandlungen.** In einem am 11. Oktober 2024 veröffentlichten Bericht warnte die UNO vor einer [gravierenden Verschlechterung der Menschenrechtslage](#) in Russland. In

dem Dokument wird die zunehmende Unterdrückung der Zivilgesellschaft und die weit verbreitete und systematische Anwendung von Folter und Misshandlung gegen Gefangene verurteilt, darunter Vergewaltigung und sexuelle Gewalt, verlängerte Isolation, [erzwungene psychiatrische Behandlung](#) und Verweigerung medizinischer Versorgung. Mariana Katzarova, Sonderberichterstatterin für die Menschenrechtslage in der Russischen Föderation, sagte, dass «[Folter als staatlich sanktioniertes Instrument zur systematischen Unterdrückung](#), zur Aufrechterhaltung der Kontrolle und zur [Unterdrückung](#) von abweichenden Meinungen [eingesetzt wird](#)». Seit Beginn des Krieges in der Ukraine haben die Vereinten Nationen [Hunderte von Fällen sexueller Gewalt](#) durch russische Truppen dokumentiert. Zwei Drittel der Opfer sind Männer und Jungen, die in russischen Gefängnissen gefoltert werden.

**Sanktionen gegen Kinder von Kriegsgegner\*innen in der Ukraine.** Die russischen Behörden unterdrücken Kinder von Familien, die gegen den Krieg in der Ukraine sind, verweigern ihnen das Recht auf freie Meinungsäusserung und üben zunehmend Druck auf ihre Eltern aus. Diese Kinder werden einer [systematischen Indoktrination](#) durch Kriegspropaganda unterzogen. Zu den Drohungen der Behörden gehören die [Familientrennung, der Entzug der elterlichen Rechte und die Unterbringung der Kinder in staatlichen Einrichtungen](#). Am 2. Oktober 2024 wurden [13 junge Antikriegsaktivist\\*innen im Alter zwischen 17 und 20](#) Jahren zu Haftstrafen von bis zu 23 Jahren verurteilt. Diese Personen wurden wegen mutmasslicher Sabotage in Moskau und Krasnojarsk angeklagt.

**Repressionen gegen Anwältinnen und Anwälte sowie Journalistinnen und Journalisten.** Die Menschenrechtssituation in Russland ist eine [Krise, die sich weiter verschärft](#), so *Human Rights Watch* (HRW), das systematische Repression anprangert, die darauf abzielt, jegliche Opposition zu zerschlagen und die Zivilgesellschaft zu dezimieren. Im Januar 2025 wurden Vadim Kobzev, Igor Sergunin und Alexei Liptser, [drei Anwälte, die den Oppositionspolitiker Alexei Navalny, verteidigt](#) hatten, wegen angeblicher Beteiligung an einer «extremistischen Organisation» zu Haftstrafen von bis zu fünfeinhalb Jahren verurteilt. Im selben Monat wurde Olga Mikhailova, eine im Ausland im Exil lebende [Anwältin von Alexei Navalny](#), in Abwesenheit wegen Beteiligung an einer extremistischen Gemeinschaft angeklagt. Im November 2024 wurde ein [prominenter Anwalt, der im Juli 2022 verhaftet worden war, zu sieben Jahren Haft verurteilt](#), weil er in sozialen Netzwerken den Krieg in der Ukraine kritisiert hatte. Journalist\*innen sind ähnlichen Repressionen ausgesetzt. Am 3. Oktober 2024 wurden Antonina Favorskaya, Sergei Karelin, Konstantin Gabov und Artyom Kriger, [russische Journalist\\*innen, die Verbindungen zu Alexej Navalny hatten](#), wegen der Teilnahme an als extremistisch eingestuften Aktivitäten angeklagt. Ihnen drohen bis zu sechs Jahre Haft.

**Willkürliche Verhaftung und Inhaftierung unter dem Vorwand des Gesetzes über «ausländische Agent\*innen».** Im Juni 2024 wurde Laurent Vinatier, Mitarbeiter des Zentrums für humanitären Dialog, einer in Genf ansässigen NGO, [in Russland verhaftet, weil er sich nicht als «ausländischer Agent» registriert hatte](#). Am 14. Oktober 2024 forderte ein russischer Generalstaatsanwalt eine [Haftstrafe von drei Jahren und drei Monaten für](#) ihn. Das 2012 verabschiedete [Gesetz über «ausländische Agent\\*innen»](#) wird von den russischen Behörden regelmässig als Instrument zur Unterdrückung der Zivilgesellschaft und der Opposition eingesetzt. Es wurde verwendet, um zahlreiche unabhängige Organisationen zu schliessen und Dissident\*innen zu inhaftieren, was dazu beitrug, kritische Stimmen mundtot zu machen.

**Verschärfung der Repressionen gegen die LGBTQI+-Gemeinschaft.** Am 29. Dezember 2024 wurde in Moskau der [Tod](#) von Andrej Kotow [in Untersuchungshaft](#) bekannt gegeben,

dem vorgeworfen wurde, über die Agentur *Men Travel* Reisen für LGBTQI+-Personen organisiert zu haben. Einen Monat zuvor, am 30. November 2024, hatte die russische Polizei im Rahmen einer repressiven Kampagne gegen das, was die Regierung als [«LGBTQ+ Propaganda»](#) bezeichnet, Razzien in mehreren Bars und Nachtclubs in der Hauptstadt durchgeführt. Ein Dutzend Personen wurden [wegen «geringfügigem Hooliganismus» verurteilt](#). Russland wurde von der NGO *International Lesbian and Gay Association* (ILGA-Europe) [im Jahr 2024](#) als das [gefährlichste Land für LGBTQI+-Personen in Europa](#) eingestuft. Diese Verschärfung der Repression wurde noch dadurch verschärft, dass im Januar 2024 ein Urteil des Obersten Gerichtshofs Russlands in Kraft trat, in dem die [«Internationale LGBT-Bewegung» als extremistische Organisation](#) eingestuft wurde .

**Mutterschaft als Instrument zur Unterdrückung von Frauenrechten.** Am 12. November 2024 billigte das Unterhaus des russischen Parlaments einen [Gesetzentwurf, der «Propaganda für eine kinderlose Lebensweise» verbietet](#). Der Text sieht strenge finanzielle Sanktionen von bis zu 400'000 Rubel (ca. 3665 CHF) für Einzelpersonen und 5 Millionen Rubel (knapp 45'822 CHF) für Unternehmen vor. HRW prangert den Gesetzentwurf als [schweren Angriff auf die reproduktiven Freiheiten](#) an. Laut der NGO bedroht diese Gesetzgebung nicht nur die Rechte von Frauen, sondern birgt auch die Gefahr, dass ihre Meinungsfreiheit mundtot gemacht wird, mit der Möglichkeit, «Millionen unbegründeter Denunziationen» zu generieren. Darüber hinaus stehen Frauen unter zunehmendem sozialem Druck, [ihre Ausbildung und Karriere zugunsten der Mutterschaft aufzugeben](#), während der Krieg in der Ukraine die männliche Arbeitskräftebasis erheblich schwächt.

#### 4 Praxis der Schweizer Behörden

**Zahlen des SEM für 2024.** Anerkennungsquote im Jahr [2024](#): Asyl 11,4 %, Schutzquote 15,3 % (Asyl + VA). Bereinigte Anerkennungsquote (ohne NEE ohne VA) 21,3 %; bereinigte Schutzquote 28,7 %.